IPG

KOMMENTAR 23.01.2017 | Tobias Fella

Amerika über alles

Donald Trumps „America first“ darf nicht als Isolationismus verstanden werden. Es ist viel schlimmer.

Wer dem neuen Präsidenten bei seiner Amtsübernahme zuhörte, dem fiel zu allererst seine düstere Bestandsaufnahme auf. Die Washington Post hat dazu eine faszinierende Liste von Worten angefertigt, die bisher in keiner anderen Inauguration vorkamen. Auf ihr finden sich „Massaker“ (carnage), „Verfall“ (disrepair), „verrostet“ (rusted), „stehlend“ (stealing), „Grabsteine“ (tombstones), „Bürger in der Falle“ (trapped).

Mehr Niedergang geht nicht. Und wer schuld daran hat, ist schnell benannt. Zum einen die politische Elite in Washington, die nichts tut gegen schließende Fabriken, den Verlust von Arbeitsplätzen und eine marode Infrastruktur, die degenerierende Streitkräfte zulässt und den Kollaps der öffentlichen Ordnung hinnimmt. Nicht einmal die eigenen Grenzen kann das Establishment angemessen sichern, weil es für das Wohl der anderen sorgt und dadurch rechtschaffene Amerikaner zurücklässt.

All dies möchte Donald Trump ändern. Er ist Prophet des Niedergangs und der Erneuerung zugleich. Seine Therapie heißt nationale Entfesselung. Abgewanderte Jobs und Industrien müssen zurück ins Land geholt werden, die Streitkräfte vor Kraft nur so strotzen und die Grenzen undurchlässig sein. Das Ausland muss wieder mit Ehrfurcht und Respekt auf die Vereinigten Staaten blicken, und dazu müssen wahre Patrioten her. Wer zu dieser Gruppe gehört, bestimmt aber nur einer: der US-Präsident. „Buy American, hire American!“, für Rücksichtnahme auf andere ist da kein Platz.

Die Welt des Präsidenten ist eine der Gegensätze: Es sind „wir oder sie“, es wird „gewonnen oder verloren“. Demnach muss die

Der neue Mann im Weißen Haus setzt dazu auf das Primat der Ökonomie. Außenpolitik wird zur Wirtschaftsförderung und zum Nullsummenspiel. Alle Projekte müssen sich finanziell lohnen. Ganz egal ob Handelsabkommen oder Militärinterventionen, die Kosten und Nutzen für die USA werden

Rückerlangung von Amerikas Großartigkeit zu Lasten anderer gehen.

gegeneinander aufgerechnet. Die Welt des Präsidenten ist eine der Gegensätze: Es sind „wir oder sie“, es wird „gewonnen oder verloren“. Demnach muss die Rückerlangung von Amerikas Großartigkeit zu Lasten anderer gehen. Was die Folgen für die internationale Politik und Ordnung sind, ist nachrangig.

„America first“ darf aber nicht als Isolationismus missverstanden werden. Das Imperium bleibt, bloß seine Definition wird enger und seine Instrumente kruder – im Inneren wie im Äußeren. Wie im Wirtschaftsleben möchte Donald Trump seine Gegner auf allen Ebenen dominieren. Regeln dürften gebrochen und auch Kriege geführt werden, einzige Voraussetzung: Sie rechnen sich. Dazu passt sein Bedauern, dass besiegte Länder heute nicht mehr ausgebeutet und behalten werden dürfen. Und wenn er seine Vorgänger kritisiert, dann fordert er nicht etwa weniger Engagement ein, sondern ein Mehr an Selbstsucht und Eigennutz. Im Fall von Libyen, so Kandidat Trump, „würde ich das Öl nehmen und den ganzen Kinderkram lassen. Ohne Öl bin ich nicht interessiert“.

Donald Trump gehört keiner der beiden Gruppen an, die über Jahrzehnte für das ideelle Fundament der amerikanischen Außenpolitik sorgten. Er ist weder ein Neokonservativer noch ein liberaler Internationalist. Stattdessen muss er der Jackson’schen Tradition zugeordnet werden. In Anlehnung an Andrew Jackson, US-Präsident von 1829-37, steht sie für: Anti-Elitismus, ein exklusives Verständnis des Volkes, keine Sympathie für den Aufbau anderer Nationen oder die Verbreitung von Demokratie und Freiheit. Aber für eine Militanz, die ihresgleichen sucht, wenn es um die Durchsetzung eigener Interessen geht.

Und darauf hat Präsident Trump in seiner Rede mehrmals hingewiesen. Von nun an geht es „nur“ noch um Amerika. Die Zeiten, in denen andere Nationen amerikanische Produkte produzieren, Firmen „stehlen“ und Jobs „zerstören“ sind vorbei. Es gilt das Recht des Stärkeren, und jeder ist sich selbst der Nächste. Die Vereinigten Staaten werden sich von niemandem „stoppen“ lassen. Eskaliert wird dort, wo es nötig ist. Ob für Deutschland, Europa oder China, die Botschaft ist die gleiche: „Don’t fuck with us!“



Tobias Fella
Berlin

Dr. Tobias Fella ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), wo er das trilaterale Forschungs- und Transferprojekt *Challenges to Deep Cuts* leitet. Zuvor war er außen- und sicherheitspolitischer Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung, Projektkoordinator an der *Hertie School* und *Fellow* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

20 LESERBRIEFE

Wolfgang Thiemig schrieb am 23.01.2017

Wir sind Germany
Mich irritiert die Rigorosität, mit der dieser neue Präsident schon jetzt - erstmal nur medial - bekämpft wird. Dabei waren seine Vorgänger auch keine Waisenknaben. Und das diese keine US amerikanischen Interessen durchgesetzt haben, wer glaubt denn sowas. Eine Regierung hat primär national zu denken. Dafür wird sie gewählt. Sollten wir Deutschen uns zu sehr daran gewöhnt haben, dass der große Bruder in Washington D.C die Entscheidungen für uns trifft, sollte uns die Rolle am Katzentisch auch gut gefallen haben, wer sagt

denn, dass es nicht auch anders geht. Ich bin gespannt.

Ustin Groth schrieb am 24.01.2017

Auf mich wirkt die aktuelle Situation wie ein Konflikt unter Mafiaclans. Eine Famiglia löst die andere ab. Die Beute wird neu verteilt...

Josef Enhardt schrieb am 24.01.2017

Vielen Dank an den Auto für diese ehrliche Bestandsaufnahme und Kontextualisierung von Trump in der US-Geschichte. Zu Jackson hätte ich gerne mehr gelesen. Auch schön, dass Begriffe wie Imperium fallen - das sind die USA schon immer, im Guten wie im Schlechten. Bei all der Trump-Kritik habe ich aber teilweise, dass Gefühl als würde Europas und das deutsche politische Establishment am allerliebsten genauso handeln. Es traut sich nur nicht so recht, deshalb muss mehr Verantwortung übernommen warden. Die EU ist nämlich genauso imperial wie die USA und Berlin das neue Rom, natürlich in schäbig.

Hermine schrieb am 24.01.2017

Nach meiner anfänglichen Bestürzung über die Wahl der Amerikaner und meine gefühlte Antipathie gegen die Großmäuligkeit und den Wahlzirkus in den USA bin ich nun zur Analyse übergegangen. Eine starke produktive Wirtschaft ist legitimes Interesse eines Staates, dem sollte sich sein Präsident verpflichten. Staatliche Gesundheitsfürsorge zu kippen ist unverantwortlich und gegen die Interessen einer stabilen sozialen Gesellschaft. Ich war gegen TTip usw. und fürchte für Europa keine negetiven Auswirkungen. Wir haben die Amerikaner und Kanadier etwas auf Abstand gehalten, heißt, die eigenen Absatzmärkte und Standards abgeschottet und geschützt. Amerika braucht mehr Arbeitsplätze in Produktion und Industrie, mehr Bildung in der Breite und Pflege der demokratischen Instrumente. Hermine Deveci

Hans Stelzner schrieb am 24.01.2017

Was ist den so schlimm daran, wenn man zuerst an das eigene Volk denkt? Weniger expansionistisches Denken würde dem Westen gut tun. Der Artikel liest sich wie ein

versteckte Plädoyer für Neokonservatismus und liberalen Internationalismus.

Aber wir müssen ja mehr Verantwortung übernehmen...

RR schrieb am 24.01.2017

Seit 1990 haben die USA sich in fünf Kriegen in fünf Ländern besonders aktiv beteiligt, ohne irgendwelche Konzepte zu haben: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien. Überall dort haben aber auch die EU, Russland und China Interessen. Wird Trump nun noch einmal in Libyen und im Irak intervenieren, um Obama zu "korrigieren"? Wenn ja, wie wird der Rest der Welt darauf reagieren? Wann lässt er Afghanistan fallen?

China und Teile der EU sind auf einem Weg hin zu alternativen Energien. Trump vertritt den Teil der US-Wirtschaft, der weiter am Öl hängt - das kann eine große Chance für den Teil der Welt sein, der erkannt hat, dass die Zukunft bei den alternativen Energien liegt - es werden aber auch US-Bundesstaaten den Öl-Kurs nicht unterstützen. So werden neue Allianzen entstehen.

Agneta schrieb am 24.01.2017

Es sind „wir oder sie“, es wird „gewonnen oder verloren“. Als ob Amerika nicht immer schon so gedacht und gehandelt hätte. 'Wer nicht für uns ist, ist gegen uns', war einer der Aussprüche von G.W.Bush. Regeln dürfen gebrochen, Kriege geführt werden, Hauptsache es rechnet sich. War das je anders?
America first ist absolut nichts Neues und der Patriotismus in Amerika ist immer schon überzogen.

Mehr Niedergang geht nicht, findet der Autor und meint Trumps Rede. Etwas weniger Niedergang, was die Beurteilung von Herrn Trump anbetrifft, würde unseren Politiker und Medien gut tun. Wohl noch nie ist ein demokratisch gewählter Politiker so abgeurteilt worden. Nur gut, dass sich die inhaltsleere Politik unserer Volksvertreter so positiv dagegen abhebt!

Richard Pestmer schrieb am 24.01.2017

Die neoliberalen Eliten reiben sich weltweit verwundert die Augen über diesen protzig-reichen Proleten, dem neuen patriotischen Arbeiterführer. Und das

ausgerechnet in den USA! Der die uns schon alternativlos angepriesenen neoliberalen Methoden der globalen Arbeitsteilung auch zu Lasten der weißen amerikanischen Arbeiterschaft einfach in die Tonne klopft. Und rabiat so eine Art hyperpatriotischem National-Sozialismus präsentiert. Die Ultrareichen halten sich keine Regierung mehr, damit ihr unverschämter Reichtum maskiert wird, nein, jetzt haben sich die Ultrareichen unmittelbar und ohne Umschweife die Regierungsmacht unter den Nagel gerissen. Sie propagieren ungeniert und brutal: Jeder gegen Jeden, Kapitalismus pur, ohne jegliche Schminke: vulgar, abstoßend und unmenschlich.

USA als Vorreiter schrieb am 24.01.2017

Der neue amerikanische Präsident ist berechenbar, weil er machen will, was er vor den Wahlen gesagt hat, auch wenn es vielen in den USA und bei uns nicht passt. Als Vorreiter in der Welt haben die USA viel zu lange von der wirtschaftlichen Substanz gelebt und nur die Vorteile der Globalisierung gesehen. Nachteile gingen zulasten von Bevölkerungsteilen, die Trump in den Wahlen zur Macht verholfen haben. Mit seinem groben Politikstil

versucht er jetzt eine Wende einzuleiten, die für die USA lebenswichtig ist. Ob diese Wende gelingt, hängt sicherlich auch von den Leuten ab, die er in wichtige Ämter beruft. Das Motto "Amerika first" ist als Orientierungshilfe wichtig, um Kosten und Nutzen für das Land abzuschätzen. Dringende globalen Änderungen könnten zuerst von den USA eingeleitet werden.

P. Reinhardt schrieb am 24.01.2017

Trumps 'Grundsätze, wie sich bisher zeigen, sind nicht "subideal" sondern katastrophal. Brutaler Egoismus kann nicht zu guten Zielen führen - eigentlich provoziert er Krieg. Noch können wir hoffen, dass alles nicht so schlimm kommt, wie es zur Zeit klingt. Anderes bleibt uns erst mal nicht übrig.

Gerd Weghorn schrieb am 24.01.2017

Sie schreiben"Donald Trump gehört keiner der beiden Gruppen an, die über Jahrzehnte für das ideelle Fundament der amerikanischen Außenpolitik sorgten. Er ist weder ein Neokonservativer noch ein liberaler Internationalist."

Sorry, aber das waren keine "ideellen", sondern sehr materialiatische "Fundamente der amerikanischen Außenpolitik" gewesen.
Ihre Idealisierung des "Imperiums" grenzt schon an eine Unterwerfungsgeste., weiß doch jeder, dass auch die Obama-Regierung ein Instrument der Interessen des finanzkapitalistisch-rüstungsindustriell-militärbürokraischen Syndikast gewesen ist - und dass die Trump-Regierung genau das bleiben wird. Trump ist genau so eine puppet wie Obama: im "Westen" nichts Neues!

Jochen Reeder schrieb am 25.01.2017

Trump ist Nationalist. Schön, dass das endlich auch die deutsche Debatte kapiert. Faschist ist er aber nicht. Darum halte ich die Überschrift für etwas problematisch. Wie Europa und Deutschland auf den neuen Präsidenten reagieren sollten ist eine schwierige Frage. Womöglich seine Informationsbeschaffung und -einordnung beeinflussen. Gegenmachtbildung muss auch drin sein. Aber wir würfen keinesfalls die Selbstreflexion vernachlässigen. Denn auch Trump kam nicht aus dem Nichts. Also liebe Eliten: Nehmt Trump, die AfD und

alle anderen Rechten beim Wort. Und beginnt zu kämpfen, d.h. auch dass ihr ausnahmsweise klare Positionen formuliert und euch messen lässt bzw. entscheidet - auch gegen andere. Auf geht es Martin, für die SPD und gegen den Rest.

Lisa Hinze schrieb am 25.01.2017

@Gerd Weghorn: Meiner Lesart nach gibt der Autor hier kein Plädoyer für Obama ab. Sehen sie einen Artikel von 2014, http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/der-niedergang-ist-abgesagt-296/ . Dort schreibt er davon wie das Establishment jede Idee vom Niedergang zurückweist und an seiner Vision von Amerika festhält. Ist es nicht genau dieses Bekenntnis zu Mitte und Orthodoxie, welche die politischen Ränder werden lässt. Und ja, gewissermaßen ist Trump erfrischend. Er wirkt so authentisch und ehrlich. Working Class Hero. Vielleicht tritt er ja in 4 Jahren für die Demokraten an...

Lene Jansen schrieb am 26.01.2017

Hat noch jemand das Gefühl, dass Trump rechte und

linke Themen kombiniert. Wieso hat kein linker Politiker die Wahl gewonnen (Clinton) ist nicht links)? Warum findet die Linke kein Feindbild, womöglich weil wir sonst bei uns selbst landen würden. Und erkennen würden, dass wir das Establishment und mit schuld an der Misere sind... :-(

Sina Nolte schrieb am 26.01.2017

Keine neoliberalen Reformen unter Clinton => kein Trump
Keine Agenda 2010, keine neue Mitte => keine AfD
Kein New Labour => kein UKIP

Insofern danke Sozialdemokratie!

Rolf schrieb am 27.01.2017

Trump zu dämonisieren ist nicht nur sinnlos, sondern falsch. Es verhindert den Erkenntnisprozess hierzulande, dass Grüne und Sozis krachend gescheitert sind. Hierzu zähle ich auch die obergrüne erste Sozi Merkel mit der schwarzen Tarnkappe und ihren Kanzlerwahlverein.

Richtig wäre es, seine Schritte gelassen zu analysieren und dort, wo sie eine denkbare Alternative zum Bisherigen sind, die Gemeinsamkeit zu suchen. Aber Medien und Politik in EU befinden sich ja permanent im geistigen Urlaub im Märchenland. Selbstgerecht wie immer.

Michael Hellmann schrieb am 29.01.2017

Der Beitrag macht nachdenklich. Wie konnte es dazu kommen? . War Clinton einfach die falsche Kandidatin? Warum gab es keinen Trump der politischen Linken? Wo überhaupt ist die Linke heute? Ist die SPD noch eine linke Partei? Und warum sind alle in den letzten Jahren Mitte geworden? Eine Gesellschaft lebt doch von der Konkurrenz verschiedener Ansätze für Land und Gesellschaft. Wo ist der politische Konflikt zwischen den großen Parteien? Warum macht plötzlich jeder Wahlkampf zum Thema Sicherheit? Wahrscheinlich haben sich die Parteien ezu sehr dem Ende der Geschichte-Narrativ verschrieben. Der Fortschrittsgedanke ist doch ein Witz und ein schlechtes Produkt der Aufklärung, die derart arrogant dem Menschen Vernunft und Rationalität zugeschrieben hat. Sonst nix. Kontingenz Genossen!

Steffen Freund schrieb am 30.01.2017

Erstaunlicher Beitrag. Der Autor traut sich das US-Imperium beim Namen zu nennen. Ist die expanisonistische EU nicht auch eins? Und wie ist es mit China und Russland? Wir brauchen eine USA-Politik. Spannend auch, was Trump für Abrüstung bedeutet. Siehe den ähnlich guten Artikel zum gefährlichsten Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte, wobei ich mich ja immer Frage wie ein ahistorischer Physiker zu so einem Statement kommt. Der Kalte Krieg war ja super stabil, die Kuba-Krise vor allem.

Linda Rölm schrieb am 01.02.2017

Tja und jetzt mit Steve Bannon im Nationalen Sicherheitsrat ist auch ein Krieg der Großmächte gegen China noch möglicher geworden. Nicht, dass es unter Obama nicht auch schon Tendenzen gab. Niemals werden die USA ihren Platz als Nummer 1 kampflos aufgeben.

Stefan Nöth schrieb am 05.02.2017

Habe den Beitrag erst jetzt gesehen. Finde schön, dass Sie bei der IPG auch in eine Analyse von Reden hinein steigen, wie es der Autor tut. Das ist sehr intelligent und nicht oberflächlich. Den Sprache setzt den Rahmen für Politik, Sprache ist Politik.

Vielen Dank für den tollen Beitrag!
